Politische Revue

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **70 (1991)**

Heft 3-4

PDF erstellt am: **23.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

die Einführung eines Grundeinkomens angestellt. Im Vordergrund steht das Modell eines allgemeinen, bedingungslosen Grundeinkommens in bescheidener Höhe, ergänzt durch ein teils staatliches, teils privates Sozialversicherungssystem. Die Finanzierung sollte zumindest teilweise durch eine Wertschöpfungssteuer gesichert werden. Einiges deutet darauf hin, dass in den Niederlanden in den nächsten Jahren ein entsprechendes allgemeines Grundeinkommen eingeführt werden könnte.

Rüstungspolitik als Initiativfutter

Vielbeachtet in der Presse war ein ungewohntes Zweiergespann im Nationalrat der vergangenen Sommersession: Der Berner Oberländer SVP-Nationalrat Fritz Hari unterstützte den Antrag von SP-Präsident Peter Bodenmann, der beim Rüstungsprogramm 200 Millionen für die Umstellung der Rüstungsarbeitsplätze auf die krisensicherere zivile Produktion beantragte. Im Gegensatz zur Mehrheit der Bürgerlichen hatte er aus sach- und regionalpolitischer Einsicht keinerlei Berührungsängste. Die Chance, aus dem Verlegenheits-Rüstungsprogramm noch etwas Nützliches zu machen, wurde vertan. Erfolglos blieb auch der SP-Antrag, das Rüstungspäckli auf zwei Jahre zu erstrecken. Denn in einem Jahr will das EMD Platz haben, um die Flugzeugbeschaffung unter Dach zu bringen.

Es kommt einem vor, als ob in der Schweizer Politikwirklichkeit die Zeit stillstehen würde. Die Rüstungsbeträge ändern kaum, die fürs EMD strammstehenden Bürgerlichen ändern kaum, nur der Sinn des Ganzen wird immer absurder. Ein Trost bleibt: Das Volk denkt in seiner Mehrheit ganz klar anders. Und deshalb sind die parlamentarischen militärpolitischen Halsstarrigkeiten nur gutes Initiativenfutter oder anders gesagt, Wasser auf die gut laufenden Mühlen der beiden Volksbegehren «Für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik» beziehungsweise «Für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr».

Erste Frauenquote im Berner Stadtrat

Fortschrittlich und frauensolidarisch war der Berner Stadtrat. Das noch immer männerdominierte Parlament hat mit deutlicher Mehrheit eine Motion der SP-Fraktion überwiesen, welche eine Mindestquote von 40 Prozent (für Frauen und Männer) verlangt.

Mag sein, dass der Vorstoss bei voller Präsenz der ablehnenden bürgerlichen Fraktionen knapp verworfen worden wäre. All jene Männer, die geglaubt haben, die Frauensession könnten sie ruhig schwänzen, haben jetzt ihre doppelt verdiente Quittung erhalten. Sensationell ist der frauenpolitische Fortschritt allemal. Und nach dem Berner Erfolg, werden weitere SP-Vorstösse für Quotenregelungen überall in der Schweiz eingereicht werden.

Die Asylprofiteure mobilisieren gegen die Asylpolitik

Die Zürcher SVP reitet auf der Populistenwelle. Das asylpolitische Ma-

laise ist gross. Grund genug für die Hauspartei Nationalrat Christoph Blochers mit einer Petition lauthals eine andere Asylpolitik zu verlangen. Konkrete Vorschläge fehlen allerdings. Für die Wahlen reicht es ja auch, wenn man einfach Wind macht und mit dem asylpolitischen Teufel an der Wand die ehemaligen NA-Wähler für sich gewinnen will. Besonders unglaubwürdig am unschönen Spiel ist dabei, dass ausgerechnet jene Kreise, die die SVP traditionell vertritt, am meisten von der schleppenden und bürokratischen Asylpolitik des Bundes profitieren. Denn ohne die Billigstarbeitskräfte aus dem Asylbereich würde kaum mehr eine Wirtschaft funktionieren. Gleiches gilt für andere Gewerbebereiche. Fazit: Asylpolitische Radikalforderungen heizen das Missbehagen im Volk an, die Asylsuchenden werden immer ungeliebter und dadurch noch unterwürfiger und arbeitsamer. Die billige Arbeitskraft wird gefügiger und bleibt dank weiterhin schleppenden Verfahren auch sicher für ein paar Jahre im Betrieb.

Murtens Kronenwirt hilft bestreikten Papis

Das Hotel Krone in Murten, bzw. die Wirtefamilie Nyffeler, konnte nicht mitansehen, wie der erfolgreiche Frauenstreik vom 14. Juni geplagte Männer beim Büchsenöffner Hilfe suchen mussten. Angesichts des von verschiedenen Warentests notorisch schlechten Ernährungswerts von Konserven-Ravioli hatten Nyffelers wohl auch mit den nachstreiklich allenfalls abgemagerten Kindergesichtchen Erbarmen. Deshalb frisch gehandelt: Mit Werbebrief bot die Krone Murten allen bestreikten Männern ein veritables Streikmenü an: Papi zahlt und bis zu vier Kinder essen gratis. Die selteneren Grossfamilien haben offenbar auch im Kronen-Streik-Angebot keine Berücksichtigung gefunden. Wie weit es von Kleinfamilien am 14. Juni genutzt worden ist, ist unbekannt. Vielleicht ist der Kronenwirt von Murten ein cleverer Geschäftsmann und hofft, die paar unsolidarisch funktionierenden streikgeschädigten Männer wüssten künftig das Restaurant auch zu Normalzeiten zu schätzen. Schade nur, dass die vielen Frauen in Küche, Restaurant, die tapfere und generöse Papi-Hilfs-Kolonne nicht streikend fest und allein in hilfreiche Männerhände legten.

Die abbröckelnde Vorortsbasis

Europapolitik auch an der Tagung des Verbands Schweizerischer Maschinenindustrieller (VSM): Die Maschinenexporteure halten wenig vom Alleingang gewisser Rechtsaussenpolitiker in der Schweiz. Deshalb war die Kritik in der VSM-Präsidialrede an den unzeitgemässen Bremssignalen aus der Zentrale des Vororts des Handels- und Industrievereins deutlich herauszuhören. Zu sehr ist die Maschinenindustrie seit Jahrzehnten auf die offenen Grenzen in Europa angewiesen. Alleingehen können nur jene, die ihr Kapital bereits ausserhalb der Schweiz investiert haben. Ihre Vision ist dann wohl eine Schweiz als Hongkong Europas. Und dies wiederum kann ja nicht die Vorstellung der aussenwirtschaftsverflochtenen Maschinenindustrie mit Standort Schweiz sein. Nach den finanzpolitischen Bocksprüngen des Vororts, haben wir nun ein zweites Thema, bei dem die Haltung des grossen Dachverbands der Wirtschaft zu den existentiellen Bedürfnissen seines einst wichtigsten Industriebereichs querliegt. Der Basisverlust und damit grosse Einbussen an Sachkompetenz des Vororts sind unübersehbar. Die historisch dominante Verbandsmacht bröckelt ab. Die schweizerische Politik wird daraus die nötigen Konsequenzen ziehen müssen.